

An die Fraktionen des Landtages Brandenburg

Wo ist der Rechtsstaat geblieben?

Was ist aus den Verfassungsgrundsätzen geworden?

Diese Fragen stellen sich mir jeden Tag aufs neue. Ein Thema, bei dem man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen darf. Wir haben Gesetze, die im Grunde ganz gut sind. Nun stellt sich die Frage, warum gibt es derart viele Gesetzesverstöße? Welchen Wert hat ein Gesetz für die soziale Umwelt? Gesetze sollten die Grundlage sein für ein geordnetes Zusammenleben der menschlichen Gesellschaft. Ist das auch in der Praxis so?

Nehmen wir das Problem der Wasserver- und Abwasserentsorgung. Was sich in diesem Bereich abspielt, ist nicht mehr mit Gesetz und Recht zu erklären. Und die Justiz versucht auch nicht die Einhaltung der Gesetze zu fordern. Ganz im Gegenteil, die Basis des Rechtsstaates, die Dreigewaltenteilung und die verfassungsmäßige Bindung der Rechtsprechung an Gesetz und Recht, wird völlig auf den Kopf gestellt. So sagt z.B. Richter Bölicke (VG Frankfurt/Oder) in einer öffentlichen Verhandlung, dass er einen politischen Auftrag zu erfüllen hat. Demnach haben die Politiker - also Sie, die Abgeordneten - den Richtern einen politischen Auftrag erteilt, nach welchen Prämissen Recht zu sprechen ist.

Das ist das Ende des Rechtsstaates.

Ein Grundproblem sind die Satzungen der Wasserverbände. Hier werden Festlegungen getroffen, die mit den einschlägigen Gesetzen kollidieren.

- Das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (WHG) gilt für Gewässer. Diese sind so zu bewirtschaften, dass vermeidbare Beeinträchtigungen unterbleiben. Die Satzungen legen jedoch den bedingungslosen Anschluß- und Benutzungszwang fest und zwingen somit Bürger, die diese Vermeidbarkeit täglich unter Beweis stellen, zur Gewässerbenutzung und -verschmutzung. Die Richter stellen die Satzungen über das Bundesrecht und stellen somit ihre Unabhängigkeit und Bindung an Gesetz und Recht in Frage.

- Das Kommunalabgabengesetz legt eindeutig fest, dass jede Gebühr und jeder Beitrag eine Gegenleistung erfordern. Vorhaltekosten können nur umgelegt werden, wenn die vorgehaltene Anlage genutzt wird oder einen wirtschaftlichen Vorteil bietet. Für eine umweltgerechte grundstücksbezogene Wasseraufbereitungsanlage mit Verwertung trifft beides nicht zu. Und dennoch werden Anschlußbeiträge von den Wasserverbänden gefordert und mit allen gesetzwidrigen Mitteln eingetrieben, wie z.B. Kontensperrung, Kontenpfändungen, Haftstrafen, Eintragungen ins Grundbuch, Entzug von Trinkwasser ...
- Wird Klage eingereicht, wird dem Kläger kein rechtliches Gehör gewährt und Richter kommen ihren Pflichten laut Verwaltungsgerichtsordnung § 86 nicht nach.

- Gerichtsverfahren werden derart in die Länge gezogen, dass den Wasserverbänden viel Zeit zum Psychoterror gegen die Bürger bleibt, welche diese auch mehr oder weniger nutzen.

- Um Gesetze zu umgehen wird auch mit Begriffen jongliert, die laut Gesetz nicht nachvollziehbar sind. Um den Kommunalauftrag zur Beseitigung der kommunalen Abwässer zu umgehen wird in den Satzungen Schmutzwasser geschrieben. Schmutzwasser hat schließlich jeder. Jedoch ist der Auftrag: die Beseitigung von kommunalem Abwasser. Zur Schmutzwasserbeseitigung gibt es keine Gesetze und somit auch keinen öffentlichen Auftrag.

- Geltungsbereiche der Gesetze werden völlig außer Acht gelassen, obgleich ein Gesetz

ohne Geltungsbereich nichtig ist, weil keine Rechtssicherheit gegeben ist.

- In den Gesetzen ist eindeutig die Trennung zwischen Abfall und Abwasser festgelegt. Abwasser unterfällt ausschließlich dem Wasserrecht und hat laut Geltungsbereich immer etwas mit Gewässerbeeinträchtigung zu tun. Es handelt sich um flüssigen Abfall solange er in kein Gewässer oder in keine Abwasseranlage eingeleitet wird, das heißt, solange er kein Gewässer beeinträchtigt. Dagegen wird Abwasser zu gefährlichem Abfall, wenn es durch undichte Leitungen ins Erdreich gelangt, weil die Beseitigung ins Erdreich und die damit verbundene Kontaminierung des Erdreiches keine zulässige Abwasserbeseitigung darstellt.

Die Rechtsprechung stellt sich geschlossen auf die Seite der Wasserverbände und deren selbst erlassene Satzungen. Die Einhaltung der Gesetze und das Verbot der lenkenden Wirkungen von Satzungen gegen Gesetze spielen keine Rolle. Richter machen sich zum Handlanger der Wasserverbände.

Wasser ist aber auch ein wesentlicher Faktor bei der Umweltbetrachtung. Wasser bewegt sich in Kreisläufen und ist nicht zu beseitigen bzw. zu verbrauchen. Es kann nur benutzt werden. Kleine Wasserkreisläufe sind für die Natur sehr wichtig. Viel wird über das Klima geredet. Aber wer macht sich Gedanken über die Rolle des Wassers bei der Klimaentwicklung. Klimaveränderungen gibt es seit dem Bestehen der Erde. Aber über welchen Zeitraum finden diese Veränderungen statt? Je weniger kleine Wasserkreisläufe funktionieren, je schneller werden die Wetterbewegungen - große Dürreperioden, sintflutartige Regenfälle, extreme Wetterlagen.

Kleine Wasserkreisläufe über Feuchtgebieten - Verdunstung (Kühleffekt) - Niederschlag und den Erhalt des Wassers in der Landschaft kann den Klimawandel nicht aufhalten, aber in der Geschwindigkeit bremsen. Und nicht zu vergessen ist das Wachstum der Pflanzen mit ausreichend Wasser. Bäume bestehen aus dem CO², welches aus der Luft durch Photosynthese gebunden ist. Bäume sind zum Erhalt des Klimas wichtig, weil sie im Verhältnis der Blattfläche zum beanspruchten Boden ein sehr hohes Potential für die Photosynthese aufweisen und somit viel CO² in Holz verwandeln können.

Welches Umweltpotential geht aber von den Wasserverbänden aus?

- Wasser wird in großen Mengen über Fließgewässer im Meere abgeleitet.
- Große Stofffrachten, Nährstoffe, die der Boden benötigt, belasten die Flüsse und Meere.
- Undichte Kanalisationen belasten das Grundwasser.
- Riesige Wassermengen werden benötigt, um in Form eines aquatischen Fließbandes wenig Abfälle zu transportieren.

13. November 2007

Eberhard Paul
Ilsestraße 9
15370 Petershagen
www.paul-aus-petershagen.de
Mitglied im Netzwerk "Wasser in Bürgerhand"